



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Wortprotokoll der 86. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 6. November 2024, 11:30 Uhr

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus - Anhörungssaal -
(3.101)

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 7

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP

**Damit die Ausbildung eine verlässliche Zukunft
garantiert**

BT-Drucksache 20/13365

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Berichterstatter/in:

Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]

Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Friedhelm Boginski [FDP]

Abg. Nicole Höchst [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Tagesordnungspunkt 2 **Seite 11**

Bericht der der Bundesregierung
zum Umsetzungsstand der Zukunftsstrategie
Forschung und Innovation
Selbstbefassung 20(18)SB-99

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 17**

Bericht der der Bundesregierung
Aktueller Stand der Beratungen sowie zur
inhaltlichen Positionierung des Bundes
hinsichtlich einer
Weiterentwicklung der organisationsspezifischen
Zielvereinbarung für die zweite Hälfte der Laufzeit
des Paktes für Forschung und Innovation
Selbstbefassung 20(18)SB-100

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 23**

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Leitlinien deutscher Arktispolitik
Deutschland und die Arktis im Kontext von
Klimakrise und Zeitenwende 
BT-Drucksache 20/12930

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Verteidigungsausschuss

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berichterstatter/in:

Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]

Abg. Holger Mann [SPD]

Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 23**

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Digitales



Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten

KOM(2020)726 endg.; Ratsdok.-Nr. 12972/20

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]
Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP]
Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 6

Seite 23

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU

KOM(2020)727 endg.; Ratsdok.-Nr. 12973/20

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]
Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP]
Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 7

Seite 24

Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade

KOM(2022)28 endg.; Ratsdok.-Nr. 5783/22

Federführend:

Ausschuss für Digitales

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP]
Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Tagesordnungspunkt 8

Seite 24

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Modernisierung des deutschen
Unternehmensteuerrechts voranbringen**

BT-Drucksache 20/11954

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]

Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anna Christmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 9

Seite 24

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Erfolgsgeschichte Strukturwandel weiterschreiben
– Planbarkeit und
Verlässlichkeit für die ostdeutschen
Strukturwandelregionen sicherstellen**

BT-Drucksache 20/12102

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]

Abg. Lars Rohwer [CDU/CSU]

Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Anwesende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rabanus, Martin Rosenthal, Jessica Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Gräßle, Dr. Ingeborg Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin (per Zoom) Wellenreuther, Ingo	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Grünke, Julian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	Westig, Nicole
AfD	Frömming, Dr. Götz Kaufmann, Dr. Michael Münz, Volker	
Die Linke	Gohlke, Nicole	Sitte, Dr. Petra
BSW	Al-Dailami, Ali	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende **Kai Gehring**: Ich möchte wie üblich darauf hinweisen, auf welchen Ablauf wir uns für die heutige Sitzung vorverständigt haben. Wir haben zunächst keine Tagesordnungspunkte, die abgesetzt oder vertagt werden. Wir haben eine Reihe von Tagesordnungspunkten, die zu Beginn ohne Debatte abgeschlossen werden sollen. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 4 bis 9. Vorverständigt haben wir uns darauf, dass folgende Tagesordnungspunkte mit Diskussion, mit Beratung stattfinden. Das ist einmal der Top 1, Ausbildung, Top 2, Zukunftsstrategie Forschung und Innovation und Top 3, die Zwischenevaluation des Paktes für Forschung und Innovation. Kann ich hierüber schon mal Einvernehmen feststellen? Das scheint der Fall zu sein und zugleich gibt es per Handzeichen den Hinweis aus Reihen der CDU/CSU Fraktion für einen Geschäftsordnungsantrag. Für die Vorstellung des Geschäftsordnungsantrags erteile ich in der Unionsfraktion Lars Rohwer das Wort.

Abg. **Lars Rohwer** (CDU/CSU): Wir haben im Vorfeld dieser Sitzung ausgetauscht, wie wir die Sachverständigen für die Anhörung Wissenschaftszeitvertragsgesetz ausführen. An uns ist die Information herangetragen worden, dass ein Sachverständiger, den wir gerne berufen wollen, den wir hier gerne hören wollen, von Seiten der Koalition nicht akzeptiert oder infrage gestellt wird - ich will es mal vorsichtig formulieren. Das irritiert uns sehr, weil hier sehr formal damit diskutiert wird, dass diese Person aktuell Staatssekretär in einem Wissenschaftsministerium ist. Jetzt haben wir hier aus unserer Sicht zwei Dinge auf dem Tisch. Die eine Sache ist, dass er in dieser Funktion zwar arbeitet, aber davor ein unermessliches Fachwissen als Kanzler von zwei wirklich exzellenten Universitäten in diesem Land erworben hat. Wir denken, dass dies ein Fachwissen ist, was dem Ausschuss helfen kann, in dieser Frage auch sinngemäß zu diskutieren.

Das zweite ist, dass wir auch ein bisschen irritiert sind, dass in die Anhörungsbitten der Opposition eingegriffen wird. Denn ich glaube, es ist ein wichtiger Punkt, dass die Opposition natürlich auch ihre Sachverständigen heranzieht, die sie für notwendig erachtet, um die Themenbreite - und

Wissenschaftszeitvertrags ist eine große Themenbreite - zu erörtern. Wir wissen, dass viele Dinge nur in den Ländern umgesetzt werden können, die wir hier diskutieren und deswegen wollen wir deutlich machen, dass wir diesen Vorgang für schwierig halten und werben darum, dass man das verändert.

Der **Vorsitzende**: Das war die Begründung eines GO-Antrags auf der Basis der Geschäftsordnung und es bezieht sich hier auf die Sachverständigenanhörung in der nächsten Sitzungswoche. Dazu ist mir die Gegenrede aus der SPD-Fraktion von Oliver Kaczmarek vorangekündigt.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Zunächst, Herr Rohwer, möchte ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass es nicht stimmt, was Sie sagen, dass die Regierungskoalition Ihren Sachverständigen abgelehnt hätte. Wir haben heute in der Obleute-Runde darüber zum ersten Mal beraten und in der Obleute-Runde eine deutliche Mehrheitsentscheidung getroffen. Bitte lassen Sie sich von Ihrem Obmann darüber informieren. Die Behauptung, dass die Regierungskoalition einen Sachverständigenvorschlag der Union abgelehnt hätte, entspricht so nicht den Tatsachen. Selbstverständlich ist jede Fraktion frei, ihre Sachverständigen zu benennen, soweit es im Rahmen unserer Geschäftsordnung erlaubt ist. Sie haben es unterlassen, noch darauf hinzuweisen, dass unsere Geschäftsordnung in § 70 Absatz 4 Satz 1 - und das Sekretariat unseres Ausschusses hat Sie darauf hingewiesen - vorsieht, dass eine Einladung von Bundes- und Landesbediensteten als Sachverständige oder Auskunftspersonen zu Anhörungen, außerhalb von berechtigten Ausnahmefällen, nicht erlaubt ist. Das ist nicht erlaubt, deswegen ist es überhaupt keine Entscheidung von uns über irgendwelche Personen. Selbstverständlich sind alle Fraktionen frei, Sachverständige zu benennen, aber Ihre Fraktion hat es auch nicht zustande gebracht, zu erklären, welche berechnete Ausnahme hier vorliegt. Denn natürlich sind Landesinteressen bei den Gesetzen, die wir hier beraten, immer in fundamentaler Weise berührt und insofern ist es keine Ausnahme. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die Landesregierung von Sachsen sich einer Stellungnahme des Bundesrates angeschlossen hat und insofern die Beteiligung



der Länder insgesamt und insbesondere des Landes Sachsens auch schon erfolgt ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, das war die Begründung des Antrags und die Gegenrede. Ist von anderen Fraktionen oder Gruppen noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Ich werde das gemäß der Geschäftsordnung auf eine konkrete Fragestellung zuspitzen, über die abzustimmen ist. Ist die von der CDU/CSU-Fraktion beantragte Einladung des Staatssekretärs im sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Anhörung des WissZeitVG am 13. November als berechtigter Ausnahmefall gemäß des Paragraphen 70 Absatz 4 Satz 1 Geschäftsordnung des Bundestages zulässig? Wer stimmt für den GO-Antrag der CDU/CSU-Fraktion? Das sind CDU/CSU und AfD. Wer stimmt gegen den GO-Antrag? Das sind SPD, Bündnis 90 die Grünen, FDP sowie die Gruppen Die Linke und BSW. Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt.

Damit stelle ich noch mal über den weiteren Ablauf unserer heutigen Sitzung Einvernehmen fest und komme zu den Abstimmungen der Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Damit die Ausbildung eine verlässliche Zukunft garantiert

BT-Drucksache 20/13365

Der **Vorsitzende**: Damit rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 1 auf und wir kommen zu unserer ersten Aussprache. Hier handelt es sich um die erste Beratung des Antrags der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Thema Ausbildung mit dem Titel „Damit die Ausbildung eine verlässliche Zukunft garantiert“ auf der Bundestagsdrucksache mit der Nummer 20/13365. Federführend sind wir selbst und ich rufe jetzt als erste Berichterstatterin Kollegin Jessica Rosenthal für die SPD-Fraktion auf.

Abg. **Jessica Rosenthal** (SPD): Wir hatten die Debatte zu dem Tagesordnungspunkt schon im Plenum und haben da bereits einige wichtige

Aspekte hinsichtlich dieses Antrags ausgetauscht. Für uns sind zwei Dinge wichtig. Erstens stellt dieser Antrag in vielerlei Hinsicht noch mal zusammen, was wir an vielen Stellen bereits tun, um die berufliche Ausbildung zu stärken. Es ist, glaube ich, schon notwendig, sich klar zu werden, was eigentlich alles schon getan wird, sich aber natürlich auch die Frage zu stellen, was müssen wir noch tun? Wo entfalten die Instrumente, die wir haben, noch nicht die Wirkung, die sie haben, und wo brauchen wir neue Instrumente? Auch hier hat die Koalition Antworten gegeben, auch wenn ich weiß, dass die Opposition sich manchmal schwer damit tut, sich das einzugestehen und zu sehen. Deshalb sind auch diese Instrumente, die wir dort neu mit Blick auf den Berufsbildungsbericht einführen, den wir hier immer wieder in dieser Runde diskutieren, auch schmerzhaft diskutieren - das kann ich für alle sagen - wichtig und stellen wichtige Instrumente dar. Darunter fällt beispielsweise die Ausbildungsplatzgarantie, wo wir versuchen, gerade diejenigen anzusprechen, die vielfach nicht die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben.

In dem Antrag sind aber auch einige weitere Dinge beschrieben, die jetzt im Plenum vielleicht nicht so die Rolle gespielt haben, die ich aber hier für unsere fachliche Runde doch wichtig finde. Beispielsweise der Berufsbildungsbericht: Ich glaube, wir schätzen ihn alle sehr wert, um ein schonungsloses Bild des Ausbildungsmarktes zu sehen. Wir wissen aber auch, dass beispielsweise die Erziehungs- und Pflegeberufe in dem Bericht nicht hinreichend abgebildet werden. Wenn Sie sich den Antrag nochmal angucken, werden Sie sehen, dass wir genau das auch nochmal fordern - dass wir den Berufsbildungsbericht als ein wesentliches Instrument, um den Markt zu sehen, an dieser Stelle verbreitert sehen wollen.

Da ist aber auch nochmal das Commitment mit drin, was wir gemeinsam mit den Ländern - ich glaube übrigens das ist die Hausaufgabe von uns allen - dringend vorantreiben müssen, nämlich dass es eine vergütete Ausbildung in Deutschland gibt, und zwar egal in welchem Teilbereich man unterwegs ist. Dass wir das nochmal deutlich machen, sind zwei Aspekte, bezüglich derer ich sagen würde, dass wir über Dinge hinausgehen, die wir schon der Koalition angestoßen haben, die



wir schon umgesetzt haben, aber die wir eben auf der anderen Seite noch weiter verbessern müssen. Deswegen kann ich sagen: Dieser Antrag beschreibt an vielen, vielen Stellen die Wichtigkeit der beruflichen Bildung. Ich halte es auch für dringend nötig, dass wir das immer wieder deutlich machen. Er zeigt nicht nur den Status Quo, sondern auch das, was wir erreicht haben, und erfordert darüber hinaus noch weitere Punkte. Ich glaube anlässlich der Situation, dass jetzt sehr, sehr viele junge Menschen in die Ausbildung starten, ist es notwendig, dass wir das immer wieder deutlich machen und damit auch eine klare Position für die vielen Auszubildenden in diesem Land einnehmen. Ich finde, das passiert nämlich zu selten. Deshalb ist dieser Antrag, glaube ich, gut und richtig. Danke.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Anschließend an das soeben Formulierte möchte ich sagen: Wir lernen mit diesem Antrag so eine Art neue Form von Anträgen kennen, so eine Art Besinnungsaufsatz in Form eines Antrages, der aus meiner Sicht durchaus Richtiges beinhaltet. Das habe ich auch schon in der Debatte gesagt. Aber wie gesagt, diese Form, diese neue Form des Antrages ist für mich etwas irritierend. Warum? Sie schreiben dort Dinge rein, die Sie schon getan haben. Was soll das? Der Nachruf auf Ihre Regierung muss noch nicht stattfinden oder vielleicht muss er das schon. Oder das andere ist: Sie schreiben Dinge rein, die im Koalitionsvertrag drinstehen und die Sie noch machen wollen. Ist das dann eine Art Selbsterinnerung? Also zu Deutsch: 1.045 Tage, wie ich gesagt habe, in der Regierung sind Sie bereits dran und könnten das alles umsetzen, was dort steht. Es bedarf keines Antrages. Ein Antragsbedarf, vielleicht für die Zuschauer gesagt, besteht seitens der Regierungsparteien nur dann, wenn etwas gemacht werden soll und von der Regierung verlangt werden soll, was nicht im Koalitionsvertrag drinsteht, was darüber hinausgeht, was präzisiert werden soll oder gleich mehr. Insofern ist das, was ich mich hier frage: Was machen wir hier gerade? Wenn ich das zu Ende denke, gucke ich mir den Antrag sehr genau an und dort stelle ich fest, dass Sie hinter einigen Formulierungen noch hintendran bleiben. Wir sind nämlich zum Beispiel bei der Prüfung in Bezug auf die Verrechtlichung des DQR (Deutscher Qualifikationsrahmen) - jetzt tut es

Kollegin Reinalter weh - nicht dabei, dass sie die Verrechtlichung vornehmen, sondern sie prüfen die Möglichkeit der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens. Das ist etwas weniger als das. Insofern sage ich an dieser Stelle: Ja, man hätte die berufliche Bildung verdient. Es ist völlig richtig, dass wir einen Fachkräftemangel haben. Das ist genau ein Bereich, auf dem unsere Wirtschaft fußt. Bezüglich unserer Transformation brauchen wir junge Menschen. Wir haben in Deutschland keine oder zumindest keine signifikanten Bodenschätze, außer das, was wir zwischen den Ohren unserer jungen Menschen haben. Das heißt, sie hier auszubilden, sie zu qualifizieren, sie weiter zu qualifizieren, ist jeden Aufwand wert. Aber der Antrag an dieser Stelle ist als Ersatz von Regierungshandeln leider eine Simulation des Ebenselben. Regieren Sie lieber, anstatt Anträge zu stellen, die Sie gar nicht stellen müssen. Tun Sie was.

Abg. **Prof. Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir stellen gern Anträge zur beruflichen Bildung, weil es wichtig ist, dass wir darüber sprechen. Ich freue mich, dass wir uns heute damit befassen. In den Antrag ist sehr viel Zeit und Energie geflossen und ich bedanke mich bei Jessica Rosenthal und Friedhelm Boginski und insbesondere auch bei allen Mitarbeitenden. Da ist viel Einsatz für berufliche Bildung drin, und das ist wichtig.

Die aktuellen Zahlen auf dem Ausbildungsmarkt zeigen wieder deutlich: 31.000 Bewerber/-innen hatten zum 30. September noch keine Ausbildungsstelle. Das sind wieder 5.000 mehr als im Vorjahr. Und zeitgleich bleiben 69.000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Dieses Matching-Problem ist offensichtlich. Auf viele Faktoren auf dem Arbeitsmarkt haben wir als Bildungspolitiker kaum Einfluss. Das stimmt. Aber wir können die Rahmenbedingungen für berufliche Bildung verbessern, und das zeigen wir in diesem Antrag. Wir zeigen genau das, was wir getan haben. Wir verhindern mit der Ausbildungsgarantie zum Beispiel, dass junge Menschen in die Arbeitslosigkeit abrutschen. Das wisst ihr hier alle, das wissen wir hier alle: Das ist wichtig, denn wir haben 2,86 Millionen junge Menschen ohne Abschluss, und das ist fast jeder fünfte Erwachsene. Wir müssen also alles daransetzen, dass diese Zahl wieder sinkt. Wir haben das



Berufsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetz auf den Weg gebracht. Damit ermöglichen wir die berufliche Bildung, dass Berufserfahrungen anerkannt werden, und dass es schneller einen formalen Abschluss als Fachkraft gibt. Damit zählt endlich, was jemand kann, und nicht nur das, was auf dem Papier steht.

Wir haben auch die Exzellenzinitiative auf den Weg gebracht, und das darf man auch sagen und das darf man auch in dem Antrag formulieren, weil wir dadurch nämlich die berufliche Bildung attraktiver machen. Wir stärken die Berufsorientierung, zum Beispiel durch geforderte Berufsorientierungspraktika, und unterstützen Jugendliche durch ausbildungsbegleitende Hilfen, damit diese Ausbildung sicher abgeschlossen werden kann und es weniger Abbrüche gibt.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass die Attraktivität der beruflichen Bildung zwar mit Rahmenbedingungen zu tun hat, dass sie aber auch ganz entscheidend mit der Wertschätzung in der Gesellschaft und bei uns in der Politik zu tun hat. Darum können und müssen wir mehr für die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung tun - dass wir beides auf Augenhöhe bringen. Denn wir brauchen ja auch beides, Azubis und Studis. Wir brauchen dringend einen Mindshift, und vielleicht hilft dieser Antrag, darüber nachzudenken, wie denn das gesellschaftliche Denken zur beruflichen Bildung verändert werden kann. Wenn es nach uns geht, würden wir diese Gleichwertigkeit gerne sichtbar machen. Es ist kein Hehl und keine Überraschung, dass es uns beim DQR nicht darum geht, ob wir ihn umsetzen und verrechtlichen, sondern wie wir das machen und was wir auch brauchen - und darüber haben wir gerade intensiv gesprochen -, ist wirklich eine strukturell verbesserte Ausbildungsforderung. Das packen wir jetzt auch an.

Abg. **Volker Münz** (AfD): Ich kann mich der Verwunderung und der Kritik, die Herr Albani vorgetragen hat bezüglich der Form des Antrages nur anschließen. Der Antrag der Antragsteller, also sprich der Regierungsfractionen, listet 20 Punkte auf, die Handlungen und Initiativen der Regierung umfassen und die der Bundestag begrüßen soll. Ich denke, Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir von der AfD-Fraktion diese Lobrede auf die Regierung nicht begrüßen können

und diesen Antrag schon allein deswegen ablehnen werden. Aber inhaltlich sind da ja auch nochmal 20 Punkte, die die Regierung umsetzen oder der Bundestag fordern soll. Dazu hat Herr Albani schon gesagt, das hätten Sie schon längst tun können - wenn überhaupt. Ich will mal einen Punkt rausgreifen, dem wir hier überhaupt nicht zustimmen können. Sie fordern, die Berufsorientierung an Gymnasien noch weiter auszubauen. Damit wollen Sie das Gymnasium zu einer Gesamtschule umbauen. Das ist auch vielfach schon passiert. Das Gymnasium ist praktisch schon fast zur Regelschule geworden. Wir wollen genau das andere. Wir wollen die anderen Schulformen stärken, indem wir auch die berufliche Ausbildung fördern wollen und nicht alle in das Abitur und damit auf die Hochschulen treiben wollen. Wir wollen genau das Gegenteil. Wir wollen die Gymnasien entlasten und die anderen Schulformen und die berufliche Ausbildung stärken.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Wir als FDP-Fraktion stehen natürlich hinter diesem Antrag, der in viel Arbeit und viel Diskussion entstanden ist. Es ist klar, dass wir sagen können, dass man es kritisieren kann - so wie das jetzt zum Beispiel von Kollegen Albani vorgebracht worden ist. Aber es ist auch klar, dass die berufliche Bildung in unserem Land Unterstützung braucht. Sie braucht eben nicht nur Unterstützung dadurch, dass wir entsprechend Gesetze machen, sondern sie braucht auch Unterstützung, dass wir das Bewusstsein stärken, dass berufliche Bildung etwas Gleichwertiges ist. Das ist natürlich etwas verwunderlich. Ich habe gerade auch gesagt, dass ausgerechnet zwei Vollakademiker mit einer komplett akademischen Laufbahn hier zu dem Thema reden. Aber es ist wichtig, dass wir etwas tun - und insoweit auch im Hinblick auf das, was gerade von der AfD vorgetragen wurde. Nämlich ist es auch wichtig, an Gymnasien die Berufsbildung zu stärken. Denn es geht nicht darum, zu sagen, dass speziell nur dafür ausgebildet wird, dass jemand an die Universität, an die Hochschulen gehen kann. Es soll doch vielmehr darum gehen, dass wir das Potenzial von jungen Menschen erkennen, ihre Interessen für solche Berufe wecken und dann vielleicht auch etwas dazu beitragen, dass Menschen später in ihrem Beruf eine Erfüllung finden. Diese muss nicht zwangsläufig schon irgendwann in der



zehnten Klasse festliegen, sondern es ist wichtig, dass das ganze breite Spektrum dargestellt wird und dass letztendlich keine Vorselektion stattfindet, sondern dass wir erreichen, dass Menschen nicht womöglich später in ihrer Berufslaufbahn, in ihrer Ausbildungslaufbahn irgendwelchen Brüchen unterliegen. Deswegen begrüßen wir diesen Antrag und unterstützen ihn natürlich. Es ist auch wichtig, dass wir an der einen oder anderen Stelle noch auf Punkte hinweisen, die recht wichtig sind, die im Antrag nochmal betont werden. Denn nicht alle Punkte sind letztendlich auch reine Bundesthemen, sondern auch Länderthemen, wie etwa die angesprochene Berufsorientierung. Es geht auch um die Frage, wie wir unser Ausbildungs- und Prüfungspersonal qualifizieren, damit es entsprechend gute Leistungen bringen kann. Es geht klar, dass wir auch im Bereich beruflicher Bildung das Thema Best Practice und Exzellenz nach vorne bringen und dort auch Verbesserungen erreichen und - was auch zunehmend wichtig ist: Wir leben in einer internationalisierten Welt, in einer globalen Welt. Es möchten manche vielleicht hier im Raum nicht so sehen, dass das wichtig ist, aber es ist auch in einer beruflichen Bildung wichtig, sich international auszutauschen, andere Länder kennenzulernen. Denn das stärkt insgesamt das Verständnis füreinander und miteinander in Betrieben und damit letztendlich auch den sozialen Zusammenhalt. Deswegen stehen wir voll hinter diesem Antrag. Vielen Dank.

Abg. **Nicole Gohlke** (Die Linke): Ich habe schon in der Plenarrede unsere Haltung zu diesem Antrag vorgetragen. Ich finde es ist einfach ein absurdes Verfahren, dass die Ampelfraktionen dazu übergegangen sind, Anträge an sich selbst zu stellen, ohne dann aber die Forderungen, die da aufgeschrieben werden, tatsächlich alle umzusetzen und ohne sie auch alle finanziell zu untersetzen. Das ist tatsächlich mehr Politikstimulation als echtes Regierungshandeln und ich finde das in der Situation, wo wir sind, schon auch eher unverantwortlich. Es ist auch schwierig, sich als Opposition darauf zu beziehen, weil die Frage ist, welche dieser 20 Forderungen setzen sie denn wie genau um? Das wäre dann das, womit sich auch die Opposition auseinanderzusetzen hätte, sonst können wir ehrlicherweise demnächst auch einfach unsere

Wahlprogramme durchgehen und die dann kommentieren. Da kommen wir dann ungefähr aufs Gleiche raus.

Beim Thema Wissenschaftskommunikation und auch bei der Internationalisierung, sind sie auch schon diesen Weg gegangen. Ich finde, da konnte man noch argumentieren, dass das sehr weite Themenfelder sind. Insoweit versucht man breite politische Grundlagen zu schaffen und das ganze Feld abzustecken, bevor man konkret ins Handeln geht. Aber das ist wirklich nicht der Fall bei der beruflichen Bildung. Hier geht es absolut ums Machen und nicht mehr ums Aufschreiben.

Sie schreiben, dass Sie die Stärkung der beruflichen Bildung durch den geplanten Pakt für berufliche Schulen begrüßen. Ehrlicherweise ist da gar nichts gestärkt. Wir haben mit diesem Fachbeirat noch einen weiteren Debattierclub gewonnen, aber konkrete Ergebnisse gibt es nicht. Die Ausbildungsgarantie kommt aufgrund der ganzen Einschränkungen nicht allen Menschen zugute, die sie bräuchten. Und bei ganz vielen anderen Punkten aus Ihrem Antrag gilt einfach nur: Machen Sie es. Bauen Sie Wohnheimplätze, bauen Sie Jugendberufsagenturen aus, machen Sie es einfach. Dieser Antrag ist aus meiner Sicht genau das, was man einen Schaufensterantrag nennt, und deswegen werden wir ihm auch nicht zustimmen.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Die Ampel stellt tatsächlich fest, dass es Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt gibt, wobei man eher offen von enormen Problemen reden sollte, anstatt hier Euphemismen zu gebrauchen. Denn Fakt ist: Fast drei Millionen junge Menschen sind ohne abgeschlossene Ausbildung. Es treten weiterhin nur zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten am Ende tatsächlich in eine Ausbildung ein. Die Vermittlungsquote in reguläre betriebliche Ausbildungen der Agenturen für Arbeit liegt seit Jahren bei weniger als 50 Prozent und schon wieder ist die Zahl der Betriebe, die ausbilden, gesunken und beträgt nur noch 18,9 Prozent – das sind also alles dramatische Zahlen. Die Liste der Probleme ließe sich noch fortführen. Ich frage mich, wie lange eine Wahlperiode dauern muss, damit die Ampel in Sachen Berufsbildung mal etwas Substanzielles zustande bekommt. Sie regieren jetzt fast drei Jahre. In dieser Zeit hätten Sie zum Beispiel eine umfangreiche Novellierung



des Berufsbildungsgesetzes für eine verbesserte Ausbildungsqualität auf den Weg bringen können. Sie hätten zum Beispiel eine solidarische Umlagefinanzierung für mehr Ausbildungsplätze einführen können. Sie hätten auch einen Berufsschulpakt ins Leben rufen können, damit die Berufsschulen endlich besser und vor allem moderner ausgestattet werden. Dass Ihr Antrag am Ende nur Augenwischerei ist, erkennt man auch daran, dass im Haushaltsentwurf keine zusätzlichen Mittel für die Programme und Projekte der beruflichen Bildung vorgesehen sind. Alle Maßnahmen, die Sie in Ihrem Antrag aufzählen, sollen - und ich darf hier zitieren - „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt werden“. Wir alle wissen, wie die Haushaltslage ist. Wir kennen den aktuellen Konflikt innerhalb der Regierung - auch diesbezüglich. Da die Prioritäten woanders liegen, glauben wir, dass da auch nicht mehr viel übrigbleiben wird. Deshalb lehnen wir als BSW diesen Antrag ab.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit beende ich diese Debatte. Es war nur eine Anberatung. Wir stimmen deshalb jetzt nicht über diesen Antrag ab, sondern er wird uns weiter in der Parlamentsdebatte begleiten.

Tagesordnungspunkt 2

Bericht der der Bundesregierung

zum Umsetzungsstand der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation

Selbstbefassung 20(18)SB-99

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 2 - Bericht der Bundesregierung zum Umsetzungsstand der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation. Es handelt sich hier um eine Selbstbefassung 20(18)SB 99 und es war meiner Erinnerung nach von allen Fraktionen gewünscht, hierzu eine Aussprache vorzunehmen. Ich erteile jetzt zur Einführung dem parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg das Wort.

PsTS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zukunftsstrategie Forschung und Innovation wurde am 8. Februar 2023 und damit vor fast genau 20 Monaten im Bundeskabinett beschlossen. Mit der

Zukunftsstrategie und ihren sechs Missionen haben wir uns als Bundesregierung Großes vorgenommen. Wir wollen durch Forschung und Innovation Beiträge zu ressourcenbewussten Wirtschaften, zu Klimaschutz, zu Bewahrung der Artenvielfalt, Gesundheit, technologischer Souveränität, Umweltschutz und zur gesellschaftlichen Resilienz leisten. Missionen erfolgreich voranzubringen, braucht starke F&E-Rahmenbedingungen (Forschung und Entwicklung). Deshalb sind wir mit der Zukunftsstrategie auch angetreten, um die Innovationsfähigkeit und den Transfer zu stärken, Fachkräftepotenziale zu erschließen und international und insbesondere auch im europäischen, im EU-Kontext, erfolgreich zusammenzuarbeiten. F&E voranzubringen erfordert zudem, Zusammenarbeit neu zu denken. Unser Ziel ist deshalb, dass Ressorts aus dem Silo Denken der Vergangenheit herauskommen und Stakeholder aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aktiv in die Umsetzung der Zukunftsstrategie eingebunden werden.

Sie sehen, wir drehen an wirklich großen Rädern und Sie können sich vorstellen, dass das alles nicht über Nacht und sicherlich auch nicht allein innerhalb weniger Monate geht. Ich kann Ihnen aber versichern: Innerhalb von 20 Monaten kann man einiges auf die Straße bringen und das haben wir getan. Mit der Umsetzung der Zukunftsstrategie wurde schon viel bewegt. Konkreter: Die Missionsteams stehen, die Zusammenarbeit mit dem Forum Zukunftsstrategie läuft. Das Projektbüro als wichtiger Unterstützungsstruktur ist eingerichtet. Ein umfangreiches Mapping in den sechs Missionen hat gezeigt, dass die Bundesregierung circa 1.000 Maßnahmen umsetzt oder plant, die ganz konkret auf die Ziele der Zukunftsstrategie einzahlen.

Was verbirgt sich dahinter? Ein paar konkrete Fakten zur Verdeutlichung. Die Zukunftsstrategie ist eine Strategie der gesamten Bundesregierung. So sind auch auf Maßnahmenebene 13 verschiedene Ressorts beteiligt. Etwa zwei Drittel der Maßnahmen sind Fördervorhaben, aber auch Gesetzesinitiativen gehören dazu. Programme und Aktionspläne oder Großgeräte und Forschungsinfrastrukturen zählen auf die sechs Missionen ein. Der Großteil dieser Maßnahmen ist



in Umsetzung. Wir sehen: Da ist viel Input. Aber uns interessiert natürlich besonders, was am Ende dabei herauskommt. Deshalb haben wir uns nicht nur einen Überblick über die Maßnahmen innerhalb der Missionen, sondern auch einen Überblick über die Begleitforschung gemacht, die bei den Ressorts in den Themenfeldern der Missionen laufen.

Genauso wichtig: Neben den konkreten Maßnahmen haben die Missionsteams gemeinsam mit dem Forum Zukunftsstrategie in den vergangenen Monaten auch aktiv den Dialog mit den Fachcommunities und Stakeholdern gesucht. Nur zwei Beispiele dazu: Erst kürzlich war Mission 4 auf dem Digitalgipfel mit einem Workshop zum Thema Datenräume, Interoperabilität und Vernetzung oder auch ein Workshop der Mission 5 zum Thema Meere, Weltall und Raumfahrt in 50 Jahren - Weichen für die Zukunft jetzt stellen, vertreten. Das ist ein Workshop, der insgesamt 80 Expertinnen und Experten der Community versammelt hat. Ich denke, es wird deutlich, dass hier bei der Umsetzung der Missionen viel in Bewegung ist und dass diese Bewegung auch in eine gute Richtung geht. Vor allem, dass auch neue agile Arbeitsformate genutzt werden und wir damit starre Verwaltungsprozesse der Vergangenheit aufbrechen, ist wirklich ein großer Fortschritt.

Es gilt auch für all das, was wir machen, um die Rahmenbedingungen für F&E zu stärken. Wir wollen unsere Wettbewerbsfähigkeit in F&E stärken. Vom 3,5-Prozent-Ziel weichen wir deshalb nicht ab. Dazu wollen wir mehr Innovationen auf die Straße kriegen. Ganz konkret wollen wir den Transfer stärken und Chancen eröffnen. Wichtige Stellschrauben dafür sind beispielsweise die Weiterentwicklung der Innovationsagentur SPRIND, Stichwort SPRIND-Freiheitsgesetz, und auch die Gründung der DATI heute im Kabinett, aber beispielsweise auch das Reallabore-Gesetz. Denn natürlich zählen auch diese Vorhaben auf die Zukunftsstrategie ein. In einer Dialogreihe werden wir diese Themen mit Stakeholdern in den nächsten Monaten noch mal vertieft in den Blick nehmen.

Auch zu den F&E-Rahmenbedingungen sind wir im engen Austausch mit den Experten des Forums Zukunftsstrategie. Bei der kürzlich stattfindenden Sitzung dieses Forums wurden Ideen für ganz

konkrete Zukunftsbilder entwickelt: Auf welche Themen müssen wir uns vorbereiten, welche Herausforderungen kommen auf uns zu und wie sollten wir uns ganz konkret diesen Herausforderungen stellen? Die Zukunftsbilder sollen in der Ergebniskonferenz im kommenden März und dann auch im Bilanzbericht zur Zukunftsstrategie konkreter ausformuliert werden und können auf dieser Basis dann auch wichtige Impulse nicht nur für die aktuelle, sondern auch für die künftige Arbeit der kommenden Jahre liefern.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Dann kommen wir jetzt zur Aussprache und Debatte und damit zur Berichterstattenden-Runde. Diese beginnt Kollege Holger Mann für die SPD-Fraktion.

Abg. **Holger Mann** (SPD): Ich kann daran anschließen, was Herr Staatssekretär gesagt hat. Ich glaube, wir sind in dieser Legislatur an einigen Stellen schon deutlich weitergekommen, insbesondere bei den agilen Förderstrukturen. Das SPRIND-Freiheitsgesetz und die Entwicklung der SPRIND wurde schon erwähnt. Ich glaube, ich kann hier auch schon sagen, dass wir sicherlich im Januar nochmal eine Einladung der SPRIND bekommen werden, wo man auch sieht, wo sie inzwischen stehen, nachdem das Gesetz jetzt über ein Jahr in Wirkung ist und wir sicherlich auch eine Expansion bei den Tätigkeiten hatten. Die DATI ist endlich auf dem Weg und ich glaube auch positiv erwähnen zu können, dass wir das zugegeben kleine Kapitel Wissenschaftskommunikation zumindest schrittweise umsetzen, was Eingang in die Förderstrukturen angeht. Das sind die positiven Aspekte. Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, dass wir uns ein bisschen früher gewünscht hätten, dass sich das Zukunftsforum als entscheidendes Instrument für diese Strategie konstituiert hat. Das hat es aber vor einem Jahr und seitdem waren die wirklich fleißig. Ich hatte auch das Vergnügen, an der dritten gemeinsamen Sitzung des Forums teilzunehmen und ich glaube, was man dort geschafft hat, ist zum einen endlich mal einen Überblick über die diversen Projekte zu kriegen. Und auch wenn das wie eine Selbstverständlichkeit klingt: Wenn man mit den Experten redet, nimmt man doch deutlich wahr, dass man verwundert war, dass es in der



Bundesregierung bisher zumindest noch keinen Überblick über die sehr unterschiedlichen, sehr breiten und teilweise auch doppelt vorhandenen Forschungs- und Entwicklungsprojekte gibt. Da gibt es jetzt zumindest mal eine Wissensplattform, die das abbildet.

Die haben sich auch drangesetzt, dass das, was in der Zukunftsstrategie sicherlich hätte runder sein können, nämlich die zu vielen und zu disparaten Ziele, und diese nicht nur zu clustern, sondern auch zu priorisieren. Das ist, glaube ich, eine richtige Konsequenz aus dem, was auch wir in Teilen hier diskutiert haben. Und sie sind jetzt dabei, eben diese Zukunftsleitbilder zu entwickeln.

Klar ist: Da steht noch eine Menge Arbeit an und klar ist auch, das wird am Ende harte Debatten über die Frage von Prioritätensetzungen auslösen. Aber es ist gut, dass diese Arbeit jetzt geleistet wurde. Gerade der Dialog mit den Expertinnen und Experten zeigt, dass diese es als positiv und produktiv wahrnehmen, dass man jetzt in diese Konkretisierungsebene geht. Insofern hoffe ich, dass wir auch bei schwierigen Haushaltsberatungen, in naher Zukunft die entsprechenden Ressourcen haben, um den dann getroffenen Entscheidungen oder Prioritätensetzungen ein Stück weit Luft unter die Flügel zu geben.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, was ist der Zweck einer Strategie? Der Zweck einer Strategie sollte zunächst einmal sein, eine gewisse langfristige Planungssicherheit herbeizubringen. Genau das ist es, was allerdings viele Forscherinnen und Forscher in Deutschland gerade vermissen. Ich nehme mal das aktuelle Beispiel der Batterieforschung. 15 Jahre Forschungsarbeit, 1,5 Milliarden Euro Investitionen, große technologische Sprünge, gerade in Bezug auf die Feststoffbatterien, der letzte Förderaufruf mit Frist zum 30.09. Leute haben sich viel Mühe gemacht, ein Forscher sagte mir, 200.000 Euro Aufwand in Anträge gesteckt, drei Tage später, am 3.10. bekommt man die Nachricht, dass es kein Geld gibt und die Förderlinie nicht umgesetzt wird. Das ist keine Strategie, das ist auch keine Langfristigkeit. Es gibt zahlreiche weitere Beispiele. Sie sind so stolz darauf, hier eine Ressortabstimmung zu haben. Das erfolgreiche

Programm zum Quantencomputing des DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) läuft 2026 aus. Diejenigen, die beteiligt sind, fragen sich jetzt: Wie geht es denn eigentlich danach weiter? Das können Sie nicht erst sechs Wochen vorher entscheiden, denn hier werden als Folge langfristige Entscheidungen, Finanzierungen, Talente, die auch Alternativen im Ausland haben, gehen. Also, die Zuverlässigkeit und die Langfristigkeit existiert nicht und das müsste diese Strategie liefern, was sie nicht tut.

Das Zweite, was eine Strategie liefern müsste, wäre ein Fokus darauf, was man eigentlich tun will. Wir haben das nachgerechnet. Sie haben insgesamt 188 Ziele. Selbst in diesen sechs Missionen, auf die Sie so stolz sind - haben Sie ja gerade, Herr Staatssekretär, selbst benannt -, gibt es eine Mission, die heißt Meere, Weltraum, Raumfahrt. Also mein Vorstellungsvermögen, von den Tiefen des Meeres bis in andere Galaxien vorzudringen, zeigt mir nicht, dass es sich hierbei um ein fokussiertes Ziel handelt. Diese 188 Ziele, die Sie verfolgen, führen dazu, dass Sie gar kein Ziel verfolgen und das ist vielleicht auch die Ursache für diese schlechte Planungssicherheit. Anstatt mal zu sagen: Wo sind denn die 10 oder 15 Dinge, die uns wichtig sind? Was sind unsere größten Zukunftsherausforderungen für technologische Souveränität und was sind die Herausforderungen gerade im Verteidigungsbereich? Was müssen wir denn eigentlich für Fähigkeiten erreichen und wie kommen wir da hin? Das sind die beiden Hauptprobleme, die Sie haben. Gerade die FDP spricht sich immer so sehr für Technologieoffenheit aus. In dieser Strategie findet man sehr viele, sehr kleinteilige Dinge, die genau den gegenteiligen Eindruck haben. Im Übrigen finde ich, ist das Thema, auch private Mittel zu hebeln, eine riesen verpasste Chance. Wir haben in der alten Bundesregierung im Bereich Raumfahrt mit Launchern und im Bereich Quantencomputing gezeigt, wie man, wenn man den Staat als Ankerkunden setzt, Wettbewerbe organisiert und auch den Großteil der Finanzierung mit privaten Mitteln machen kann. Diese Strategie führen Sie bei neuen Themen leider überhaupt nicht fort, wie jetzt zum Beispiel beim Thema der Batterie, wo es sinnvoll wäre. Deshalb haben Sie auch das Problem, dass beim



sinkenden Haushalt am Ende auch die Möglichkeiten reduziert werden. Wir brauchen diese zusätzlichen Finanzierungsquellen. Deshalb braucht diese Strategie dringend einen anderen Fokus.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will kurz betonen, dass viele der Themen, die Thomas Jarzombek eben angesprochen hat, gerade was private Finanzierung und Investments in solchen Bereichen angeht, natürlich auch in anderen Strategien laufen. Ich will die Startup-Strategie, die Win-Initiative, die jetzt auf den Weg gebracht wird, erwähnen. Insofern sind wir bei diesen Themen sehr intensiv dran. Sie sind aber vielleicht nicht der einzige Fokus, der jetzt in der Zukunftsstrategie wichtig ist.

Ich will schon noch mal betonen, dass wir einen großen Schritt mit der Zukunftsstrategie gemacht haben, was neue Arbeitsformate angeht. Die Missionsteams - das hat sich in allen Gesprächen, die wir in verschiedenen Runden geführt haben, immer wieder bestätigt - sind wirklich ein relevanter Fortschritt: dass hier gerade mehrere Ressorts zusammenkommen, einen Überblick bekommen, was eigentlich die verschiedenen Aktivitäten in diesen sechs Feldern sind und was die Themen sind, bei denen man enger zusammenarbeiten muss, als das bisher erfolgt ist. Das, glaube ich, ist wirklich ein großer Schritt. Wir sehen auch, dass es eine Weile gedauert hat, diesen Schritt zu machen, weil das bisher nicht etabliert war. Es ist eine Erkenntnis, dass jetzt hier im Rahmen der Zukunftsstrategie Dinge aufgebaut werden mussten, die vorher nicht üblich waren. Ich glaube, es ist aber deswegen sehr wichtig, das jetzt auch in die Zukunft weiterzuführen. Hier ist etwas unter einem hohen Einsatz auch der Beschäftigten erarbeitet worden, auch in den Ministerien. Es ist, glaube ich, ein Learning, dieses auf jeden Fall weiterzuführen, auch in der Zukunft. Das sind Strukturen, die genutzt werden sollten.

Die Einbindung des Zukunftsforums läuft mittlerweile immer besser. Auch dabei handelt es sich um eine Arbeitsweise, die man erst etablieren musste. Uns ist auch besonders wichtig, dass die Expertise der Leute, die da mit einer hohen Motivation drinsitzen, wirklich gut einfließt – auch in die Frage, mit welcher Priorisierungen,

mit welchem Projektfokus man denn dann teilnimmt. Ich glaube, das ist der Schritt, der tatsächlich jetzt noch intensiver angegangen werden kann und sollte. Ich finde, auch im Hinblick auf die Ergebniskonferenz kann man sich nochmal vornehmen, neben den Zukunftsbildern wirklich auch nochmal zu schauen: Was sind denn jetzt aber auch Schlussfolgerungen in den sechs Missionsfeldern? Wo priorisiert man vielleicht nochmal anders, als man das bisher gemacht hat? Wo sind Lücken identifiziert worden, die es jetzt auch zu füllen gibt? Also diesen Schritt hin zu konkreten Entscheidungen, natürlich auch über zukünftige Projekte, Finanzierungen etc., muss aus unserer Sicht gegangen werden, sodass das, was jetzt an Struktur aufgebaut worden ist, auch eine Wirkung erzielen kann. Das muss sich auch in konkreten Projekten und auch entsprechenden Budgets abbilden. Das wird jetzt von hier an die Aufgabe sein. Nachdem Zukunftsforum und Missionsteams stehen, sollen sie eine Wirkung entfalten.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann** (AfD): An dieser Zukunftsstrategie war schon bei Ihrer Vorstellung im Februar 2023 zu kritisieren, dass sie zum großen Teil aus Worthülsen und wohlfeilen Absichtserklärungen besteht und wenig Konkretes erhält – das ist ein Muster, das sich in Ihrem letzten und bisher einzigen Bericht zur Umsetzung vom Dezember 2023 fortsetzt. Vergeblich habe ich auf den 23 Seiten nach irgendwelchen konkreten Ergebnissen gesucht. Stattdessen werden Ziele, Inhalte und Strukturen in verkürzter Form, aber weitgehend inhaltsgleich mit dem Text, der im Februar 2023 vorgestellten Zukunftsstrategie, noch einmal durchbuchstabiert. Sie, Herr Staatssekretäre, haben jetzt auch nichts anderes getan. Sie haben einige Stichpunkte genannt, aber ich vermisste konkrete Projekte und Aussagen. Die Bundesregierung nennt sich Fortschrittskoalition und betont immer wieder, wie wichtig es ist, dass Deutschland in einer hochdynamischen globalen Entwicklung von Forschung und Innovation nicht den Anschluss verliert. Dennoch gibt es zwei Jahre nach Veröffentlichung dieser Absichtserklärungen aus der Zukunftsstrategie kaum greifbare Ergebnisse, die ich eigentlich hier in einem Bericht zum Umsetzungsstand - so heißt das ja - erwartet hätte.

Was glauben Sie eigentlich, wie viel Zeit Sie noch



haben? Im Global Innovation Index 2023 liegt Deutschland nur auf Platz 6 der europäischen Nationen, während die kleine Schweiz das Ranking mit deutlichem Abstand anführt. Das kann wohl nicht unser Anspruch sein. Also spannen Sie uns nicht auf die Folter und lassen Sie uns endlich teilhaben an den Früchten Ihrer Zukunftsstrategie.

Ich stelle jetzt nur einige Fragen aus vielen Fragen, die mir gekommen sind. Welche konkreten Projekte verfolgen denn die Missionsteams? Bei welchen dieser Projekte sind welche Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen? Wie gestaltet sich denn die Zusammenarbeit der Ressorts bei der Umsetzung der Zukunftsstrategie? Bei welchen konkreten Projekten geschieht diese Zusammenarbeit? Welche Aktivitäten werden da gebündelt? Welche Synergien ergeben sich? Welche Doppelstrukturen und Mehrfachforderungen wurden denn abgebaut? Und dann auch noch zuletzt: Wann kommt denn das Reallabore-Gesetz, das Sie noch für diese Legislaturperiode angekündigt haben? Ich könnte die Fragerunde jetzt weiter fortsetzen, aber ich möchte das damit bewenden lassen und hoffe auf eine Antwort.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Vielen Dank an den Herrn Staatssekretär für die Ausführungen zur Zukunftsstrategie und dem Stand. Lassen Sie mich an der Stelle nochmal zwei, drei wichtige Punkte betonen, die diesen Prozess auch so wichtigmachen. Es wurde erwähnt - und das kann man nicht stark genug betonen -, dass es eine neue Denkweise ist, dass man strategische Prozesse so durchführt, wie man strategische Prozesse durchführen sollte. Man sollte nicht eine Strategie aufschreiben, diese Strategie dann scheinbar umsetzen - so wie das vielfach in der Vergangenheit der Fall war. Man sollte nicht auf ein entsprechendes Monitoring und auf das, was man normalerweise im strategischen Management als Closing the Loop bezeichnet, verzichten. Dadurch kann man nämlich dann wieder Rückschlüsse ziehen, wie man diese Strategie an neue und an veränderte Rahmenbedingungen anpasst. Ich glaube, der heutige Tag hat eine dieser globalen Rahmenbedingungen entscheidend verändert durch die Wahl von Herrn Trump in den USA. Deswegen ist es wichtig, dass wir, wenn wir über Zukunft reden - was eine

mittel- und eine langfristige Dimension in der Regel hat - uns erstens Gedanken darüber machen, was wir unter Innovation verstehen. Da ist die Zukunftsstrategie auf jeden Fall wichtig, weil sie den Begriff der Innovation von Technologie erweitert - auch auf soziale Innovationen. Das heißt, welche Felder werden tatsächlich beachtet und wo gilt es, Dinge vorzubereiten und zu gestalten. Das Zweite ist, dass es eine lernende Strategie ist. Lernen heißt, dass man Dinge überprüft, sie hinterfragt und letztendlich Veränderungen durchführt, die notwendig sind. Das ist etwas, was wir insbesondere begrüßen.

Wir begrüßen auch, dass zwei ganz wichtige Elemente, die in dieser Zukunftsstrategie eine Rolle spielen werden, angegangen worden sind. Das eine ist die SPRIND und das Freiheitsgesetz für die SPRIND. Dort werden wir jetzt nach einem Jahr auch die ersten Ergebnisse sehen. Das Zweite ist - und ich glaube, da sind wir alle froh drum -, dass so wie es aussieht, heute im Kabinett das DATI-Konzept beschlossen wurde. Das ist etwas, woran man sieht: Hier ist der Bereich der Innovationsförderung, der Innovationsstrategien umgesetzt, von der Grundlagenforschung bis zum Transfer. Klar ist auch, dass diese Zukunftsstrategie von den Ministerien, von den handelnden Personen dort andere Denkweisen, wie es bisher vielleicht der Fall war, verlangt. Es ist das Ressortübergreifende und es ist auch die Frage der Agilität. Wir sollten hier als Parlament auch die handelnden Personen stärken, ihnen als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zur Verfügung stehen, damit wir diesen Prozess insgesamt zu einer positiven Weiterentwicklung der notwendigen Transformation im Bereich Technologien voranbringen. Denn nur so werden wir die großen Herausforderungen lösen.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Als Sie die Zukunftsstrategie aufgelegt haben, haben Sie uns wissen lassen, dass die Zukunftsstrategie unter dem Dach der Sicherheitsstrategie zu stehen hat. Mithin sind in allen Missionsteams auch Vertreter des Bundesministeriums für Verteidigung vertreten. Deshalb frage ich konkret nach Dual Use in allen diesen Missionen. Was sind da für konkrete Beispiele derzeit zu finden, die das Erfüllen?

Das zweite nun zum angekündigten Ressort- und behördenübergreifenden Zusammenarbeiten: Das



bedeutet natürlich auch mit Blick beispielsweise auf das Forschungsdatengesetz, dass Sie eine andere Datenteilkultur entwickeln müssen und dass nachgelagerte Behörden diese Daten freigeben müssen. Ich habe zwei Beispiele, bei denen ich überhaupt keine gute ministeriale Zusammenarbeit gefunden habe, nämlich bezogen auf Long-Covid und Post-Covid und ME/CSF (Myalgische Enzephalomyelitis/ Chronic Fatigue Syndrome), soweit es die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und dem BMBF (Bundesministerium für Bildung und Wirtschaft) anbetrifft. Das schippert immer noch nebeneinanderher.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf antimikrobielle Resistenzen. Dort gibt es auf EU-Ebene die Diskussion, wie man innovative kleine KMU (Kleinere und mittlere Unternehmen) mit Voucher oder sonst irgendwas unterstützen kann. Da habe ich als Auskunft bekommen, dass das eher das BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) macht. Wir sehen das kritisch, aber wir haben es nicht zu entscheiden. Solche Dinge lassen mich dann etwas ratlos zurück. Deshalb sehe ich noch sehr viel Potenzial für die Verzahnung und würde mich über eine Aufklärung Ihrerseits freuen.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Als wir hier Ende April im Ausschuss Ihre Zukunftsstrategie diskutiert hatten, kritisierte ich die ungenügende Einbindung der Zivilgesellschaft in die Ausarbeitung und Begleitung der Strategie, insbesondere im Forum Zukunftsstrategie und damit im so wichtigen Bereich der Missionspatenschaften. Damals versicherten Sie, Herr parlamentarischer Staatssekretär Brandenburg, dass die Zivilgesellschaft neben der Wirtschaft und der Wissenschaft - ich zitiere - „eine von drei gleichwertigen Säulen sei“. Sie verwiesen dann auf die Stiftung Mercator, das progressive Zentrum und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, wo die ersten beiden auch wirtschaftsnahe Organisationen sind. Offensichtlich unterscheidet sich hier unser Verständnis vom Konzept Zivilgesellschaft grundlegend. Doch so oder so: Bei insgesamt 21 Patenschaften kann man wohl kaum von einer gleichwertigen Säule sprechen. Warum sich zum Beispiel in den Missionen mit klarem Umweltbezug keine einzige der großen Umwelt-

oder Klimaschutzorganisationen als Pate wiederfindet, dafür aber die BASF-AG (Badische Anilin- und Soda-Fabrik Aktiengesellschaft), illustriert meines Erachtens doch ganz gut, wo die Zukunftsreise der Ampel hingehen soll und vor allem, wer hier am Ende wohl den Kürzeren ziehen wird.

Ich wollte noch einen zweiten Punkt aus der April-Sitzung aufgreifen, der verdeutlicht, wie das BMBF sich zu Fragen der Transparenz verhält. Denn ich kritisierte damals, dass die über 100 zentralen Stakeholder aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, deren Feedback Sie laut Bericht ja eingeholt hatten, nicht auf der in Ihrem Bericht verlinkten Webseite zu finden sind und daran hat sich leider bis heute nichts geändert. 23 Stellungnahmen finden sich dort weiterhin, keine über 100 und die Beiträge dort sind wieder im Wesentlichen von Stakeholdern aus den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, kaum aus der Zivilgesellschaft. Sie schicken mir dann zwar noch eine Liste per Mail und da stehen zumindest auch Organisationen wie der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) oder der Naturschutzbund drauf, aber was die zu sagen haben, erfahren wir nicht. Kurzum, das Ganze ist sehr unbefriedigend und es ist bedauerlich, dass das Thema so angegangen wird.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Zu Frau Kollegin Petra Sitte bezüglich des ersten Themas, Dual Use. Ich habe die betreffenden Stellen nochmal nachgeschaut und um das nochmal klar zu sagen: Natürlich ist die Sicherheitsstrategie eine Strategie der Bundesregierung, die auch Auswirkungen auf so ziemlich alles andere hat, was wir strategisch in dieser Regierung machen. Wenn das in dem Sinne gemeint war von Ihrer Seite, dann nehme ich mein Kopfschütteln zurück. Insofern wird als Querschnittsthema auch wie in vielen anderen Strategien im Rahmen der Zukunftsstrategie über solche Sicherheitsthemen immer mal wieder mitgesprochen. Das Kopfschütteln würde ich dann aufrechterhalten wollen, wenn es so gemeint sein sollte, dass im Prinzip die Sicherheitsstrategie oben drübersteht und dann die Zukunftsstrategie nur ein Teilelement davon sein sollte. Das ist es dezidiert nicht, sondern tatsächlich eine der Kernstrategien dieser Bundesregierung, wenn auch sicher mit



Querverbindungen.

Zum Thema Dual Use kann ich nur sagen: Wir sind gerade auch zum Thema der Forschungssicherheit in einem intensiven Stakeholder-Prozess - auch mit der Wissenschafts-Community. Wir haben ein eigenes Diskussionspapier dazu vorgelegt. Sie haben das gesehen und das wurde auch mehrfach hier besprochen. Das ist eines der Themen, was dort intensiv besprochen wird.

Zum Thema Long- oder Post-Covid: Mangelnde Zusammenarbeit zwischen BMBF und BMG (Bundesministerium für Gesundheit) kann ich dezidiert nicht bestätigen. Ganz im Gegenteil, da gibt es eine sehr, sehr intensive Abstimmung, gerade auch zu diesen Themen.

Zur dritten Frage bezüglich der Resistenzen: Da wäre ich dankbar, wenn Sie mir das nochmal im Nachgang per E-Mail zuschicken. Die Informationen habe ich gerade nicht mündlich, griffbereit. Wir bereiten sie aber gerne auf, dann reiche ich das per E-Mail nach.

Zu den Fragen von Herrn Kaufmann seitens der AfD bezüglich der konkreten Projekte: Ich habe eben angesprochen, dass es etwa 1000 Maßnahmen sind, die mit drinstecken. Schon aus Zeitgründen, aber auch weil ich jetzt hier keine lange Liste parat habe, würde ich die nicht vorlesen. Ich möchte aber darauf verweisen, dass die Projekte Ihnen im Wesentlichen bekannt sind - zumindest die aus dem BMBF, in den anderen Ausschüssen, auch aus den anderen Ressorts. Es ist eine Strategie, die nicht so angelegt ist, dass sie am Ende eine reine Wäscheliste von einzelnen Projekten sein sollte, sondern vor allem das Ziel hat - anders als in der Vergangenheit, in früheren Legislaturperioden -, die Maßnahmen der Ministerien in Eigenverantwortung viel stärker aufeinander abzustimmen. Das ist eigentlich Kernelement dieser Strategie.

Wie die Zusammenarbeit stattfindet, war Ihre Frage. Das sind die Instrumente, die ich eben angesprochen hatte, beziehungsweise die auch Frau Kollegin Christmann eben nochmal betont hat - insbesondere die Missionsteams. Dass einfach die Personen, die innerhalb der Bundesregierung in unterschiedlichen Ministerien an vergleichbaren Themen arbeiten, endlich mal regelmäßig, anders als in früheren

Legislaturperioden, zu diesen Themen zusammenkommen und mal schauen, ob das, was das eine Ressort macht, mit dem, was das andere Ressort macht, zusammenpasst. Ob man da Doppelstrukturen aufbaut, die man besser zusammenführt, ob es da auch Lücken gibt, die irgendjemand mal schließen sollte - das ist letztendlich Kern dieser Zusammenarbeit. Diese ist fokussiert. Insoweit greife ich das, was der Kollege Jarzombek eben gesagt hat, durchaus auf Missionsebene auf. Ich kann versichern, dass auch beim Thema Weltraum- und Meeresforschung große Schnittmengen vorhanden sind, was insbesondere auch Robotik als Einsatzgebiet mit angeht. Es lohnt sich also, auch das mit anzugehen, aber gleichzeitig natürlich auch innerhalb dieser Mission nicht alles gleichermaßen zu machen. Dieser Priorisierungsprozess ist vielmehr etwas, was auch die Kollegin Christmann eben schon betont hat.

Zur Frage des Reallabore-Gesetzes: da ist der aktuelle Stand die Ressortabstimmung.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Staatssekretär, auch dafür, dass Sie uns jetzt nicht tausend Forschungsprojekte vortragen. Dann schließe ich damit die Aussprache und wir nehmen natürlich als Ausschuss den Umsetzungsstand zur Zukunftsstrategie zur Kenntnis und ich beende damit den Tagesordnungspunkt 2.

Tagesordnungspunkt 3

Bericht der der Bundesregierung

Aktueller Stand der Beratungen sowie zur inhaltlichen Positionierung des Bundes hinsichtlich einer Weiterentwicklung der organisationsspezifischen Zielvereinbarung für die zweite Hälfte der Laufzeit des Paktes für Forschung und Innovation Selbstbefassung 20(18)SB-100

Der **Vorsitzende**: Wir haben jetzt noch den Tagesordnungspunkt 3, Bericht der Bundesregierung mit dem Titel „Aktueller Stand der Beratungen sowie zur inhaltlichen Positionierung des Bundes hinsichtlich einer Weiterentwicklung der organisationsspezifischen



Zielvereinbarung für die zweite Hälfte der Laufzeit des Paktes für Forschung und Innovation“. Es geht um den Pakt für Forschung und Innovation (PFI). Dieser PFI wird von Bundesebene maßgeblich finanziert und regelmäßig mit dreiprozentigen Aufwüchsen pro Jahr versehen. Er ist das wichtigste Finanzierungsinstrument für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Zum Bericht erteile ich jetzt das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg, bevor wir dann in die Berichterstattenden-Runde einsteigen.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es gerade schon angesprochen: Bezüglich des PFI als zentrales Instrument, sind wir wesentlich bundeseitig - möchten wir erwähnen, aber natürlich sind auch die Länder mit daran beteiligt. Deshalb sind wir in der GWK (Gemeinsame Wirtschaftskonferenz), in unserem gemeinsamen Gremium auch dabei, die Weiterentwicklung zu beraten. Es ist ein Instrument, was vor allem unseren Forschungseinrichtungen mit den drei Prozent Aufwuchs große Planungssicherheit über viele Jahre gibt - ausdrücklich auch in Zeiten, wo die Inflation deutlich unter drei Prozent liegt. Damit ist ein Zuwachs an realer Forschungsförderung mit verbunden. Wir sind momentan in der vierten Phase, also im vierten PFI, im vierten Pakt, wenn Sie so wollen. Es ist so, dass wir nicht nur Geld überweisen, sondern auch fünf konkrete forschungspolitische Ziele gemeinsam mit den Ländern damit verbunden haben. Das ist die dynamische Entwicklung zu fördern, das ist die Stärkung des Transfers, das Thema Vernetzung, da geht es um die besten Talente, die besten Köpfe - diese nochmal zu gewinnen und zu halten - und es geht auch um das Thema Forschungsinfrastrukturen als fünftes forschungspolitisches Ziel. Das soll nicht so abstrakt bleiben, deshalb haben sich Bund und Länder gemeinsam in diesem Pakt darauf verständigt, das mit den jeweiligen Organisationen auf sogenannte Zielvereinbarungen mit organisationsspezifischen Maßnahmen jeweils zur konkreten Umsetzung herunterzubrechen. Es ist im vierten PFI vereinbart, dass es dazu eine Zwischenbewertung und eine Weiterentwicklung dieser Zielvereinbarungen für die zweite Hälfte der

Laufzeit geben soll, also konkret die Jahre 2026 bis 2030. Genau in diesem Prozess sind wir derzeit, dieses Verfahrens angelaufen.

Ein paar Worte zum aktuellen Stand des Verfahrens: Die GWK hat am 12. Juli dieses Jahres die Zwischenbewertung im Rahmen des Monitoringberichts 2024 vorgenommen. Befunde und Erwartungen von Bund und Ländern aus dieser Zwischenbewertung wurden den PFI-Organisationen bereits übersandt und die PFI-Organisationen selbst sind gehalten, ihre Vorstellungen zu den Zielen für die künftigen Zielvereinbarungen bis Ende 2024 zu erarbeiten und anschließend werden die dann im nächsten Jahr in der GWK verhandelt. Der Beschluss der Zielvereinbarungen ist vorgesehen für die Konferenz am 4. Juli 2025 und die neuen Zielvereinbarungen sollen dann pünktlich zur zweiten Hälfte der Laufzeit zum 01.01.2026 in Kraft treten und im Jahr 2030 enden.

Auch zur inhaltlichen Positionierung des Bundes und der Länder ein paar Worte: Wir erwarten gemeinsam, dass neben den Themen beste Köpfe und Gleichstellung und Vernetzung insbesondere auch ambitionierte Maßnahmen zum Transferziel nochmal als einem der fünf forschungspolitischen Ziele nachgelegt und verstärkt wird. Für den Innovationsstandort Deutschland ist Transfer über Patente und Ausgründungen von wirklich entscheidender Bedeutung. Unter Einbindung der Wirtschaft sollen PFI-Organisationen, Bund und Länder gemeinsam nach Wegen suchen, wie Ausgründungen aus der Wissenschaft und ganz konkret der Transfer in Mittelstand in Industrie und Gesellschaft gestärkt werden können.

Auch das Thema Wissenschaftskommunikation möchte ich erwähnen. Das ist essenziell, um der Gesellschaft Wissenschaft und Forschung zu vermitteln und auch den gesellschaftlichen Impact darzustellen. Ein weiterer Schwerpunkt, den wir legen wollen, liegt auf dem Paktforum. Das ist ein neues Format, was eine zentrale Weiterentwicklung innerhalb des PFI darstellt. Damit wird eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den PFI-Organisationen, aber auch wirkungsorientiert mit den Hochschulen und den anderen wissenschaftlichen Akteuren zusammenzuarbeiten, geschafft.

Ziele von unserer Seite ist die Stärkung der



Verzahnung der Wissenschaftsorganisationen gemäß ihren Missionen, somit auch eine Bearbeitung übergreifender und systemischer Fragestellungen. Dazu gehört außerdem auch für die beteiligten Organisationen die Erschließung strategisch wichtiger Themen, das Thema der Erhebung von Synergien und Nutzung gemeinsamer Ressourcen und natürlich auch der stetige Dialog mit den Zuwendungsgebern.

Abschließend möchte ich noch erwähnen: Unser strategisches Ziel für das Ende der vierten Paktlaufzeit ist die Weiterentwicklung des PFI 4, die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Organisation in einem zunehmend schwierigen Umfeld - wir haben verschiedene Punkte hier im Ausschuss mehrfach diskutiert - und natürlich das Thema der exzellenten Forschung, ausdrücklich auch im zunehmend harten internationalen Wettbewerb. Die Basis dafür bilden die fünf Paktziele - eben erwähnt als forschungspolitische Leitplanken - und ihre Umsetzung in den Zielvereinbarungen in Kombination mit der vermittelten finanziellen Planungssicherheit. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass die Organisation die Paktziele mit sehr ehrgeizigen neuen Zielvereinbarungen befeuern und dass sie im Sinne einer Good Governance modern geführt werden. Insofern sind wir sehr gespannt auf die Rückmeldungen der PFI-Organisation bis zum Ende dieses Jahres, weiteres in den Verhandlungen dann im kommenden Jahr.

Abg. Dr. Holger Becker (SPD): Ich hätte im Wesentlichen ein paar Fragen. Das Erste ist: Während der Prozess und der Pakt selbst, glaube ich, von allen Beteiligten als eine Erfolgsstory angesehen wird, ist die Berichterstattung doch mit einem nicht unerheblichen Bürokratieaufwand verbunden. Da ist die Frage: Wie steht das Ministerium zur herrschenden Kleinteiligkeit der Berichte? Gibt es vielleicht Vorstellungen, so etwas zu vereinfachen, zu streamlinen und in dem Zusammenhang: Welche dieser abgefragten Key Performance Indicators, der KPIs, sieht das Ministerium als absolut notwendig, welche vielleicht als eher vernachlässigbar an und gibt es Überlegungen, vielleicht neue einzuführen? Das ist der eine Punkt.

Der zweite geht etwas darüber hinaus. Wenn wir uns mal den BMBF-Haushalt anschauen, dann haben wir ja wahrscheinlich keine allzu großen

Zuwächse zu erfahren. Vor dem Hintergrund, dass natürlich die Paktorganisationen einen garantierten Zuwachs bekommen, stellt sich mir die Frage: Wie sieht das Ministerium die Herausforderung einer zum Beispiel projektorientierten Forschungsförderung, weil das Geld irgendwo begrenzt ist? Wie sehen Sie dieses Spannungsfeld zwischen den garantierten Aufwachsen bei den Paktorganisationen versus einer projektorientierten Forschungsförderung?

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist sehr gut, dass wir hier heute darüber sprechen. Der PFI, der Pakt für Forschung und Innovation, ist ein sehr gutes Instrument, was wir etabliert haben, weil es Planungssicherheit bei den großen Forschungsorganisationen schafft. Es ist ziemlich der größte Block, auch im Haushaltstitel, den wir hier haben und es ist gut, Herr Staatssekretär, dass Sie uns ins Licht darüber rücken, wie verhandelt wird - auch gemeinsam mit den Ländern. Wenn ich jetzt höre, dass man hier zum Jahresende zusammenkommen will, ist es auch höchste Zeit, dass wir Anfang November auf unsere Initiative hier heute diskutieren. Sie wollten sogar heute noch die Debatte als Ampel verschieben und das ist nicht gut. Wir müssen uns als Bundestag mit einbringen. Ich sehe, wir haben die Regierung geweckt. In der Fragestunde waren Sie, Herr Staatssekretär, wenig sprechfähig dazu, wie Sie sich eine Weiterentwicklung vorstellen. Heute haben Sie einige Themen genannt. Die würde ich nicht unbedingt alle so teilen, aber immerhin ist das mal ein Einstieg in eine Debatte. Ich will ganz klar sagen: Aus unserer Sicht muss der PFI in drei Richtungen weiterentwickelt werden.

Das Erste ist das Thema der Ausgründungen. Dass Sie das jetzt auch übernommen haben, ist gut. Das zeigt, dass die Regierung lernfähig ist. Die bisherigen Ziele und auch die Indikatoren sind nicht die, die passend sind. Wir haben beim letzten Mal den Organisationen vorgegeben, selbst Ziele aufzubauen. Das war gut, um das Thema Transfer und Ausgründungen überhaupt mal greifbar zu bekommen. Aber ich habe auch schon im Plenum gesagt, dass sie anders definiert werden müssen. Insbesondere das Thema Wachstumskapital in Ausgründungen oder private Investitionen ist ein entscheidender Punkt, der heute fehlt.



Das zweite Thema ist das Thema der Wissenschaftskommunikation. Wir sehen, dass das Internet und die sozialen Medien vollgespült werden mit Pseudo- und falschwissenschaftlichen Dingen. Hier müssen wir mehr machen. Das ist aus unserer Sicht ein superwichtiges Ziel. Wir hatten hier in der Anhörung zur Wissenschaftskommunikation auch zwei Influencer eingeladen. Ich glaube, dass es wichtig wäre, dass wir genau in diesem Bereich auch stärker soziale Medien berücksichtigen und dass wir unsere exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besser ertüchtigen, auch in Social Media wissenschaftsgeleitete Dinge zu kommunizieren.

Das Dritte ist das Thema der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft). Die DFG ist ein tolles Instrument, das viele Forschungsprojekte an den Hochschulen finanziert. Die DFG hat einen strikten Qualitätswettbewerb, das ist sehr gut. Die DFG ist auch unabhängig von politischen Entscheidungen, das ist auch sehr gut. Ich höre aus der Wissenschaftscommunity aber immer stärker die Sorge, dass möglicherweise doch der Eindruck entsteht, dass sogenannte Sekundärziele aus der Politik gewünscht werden. Sie haben davon vorhin auch Themen genannt, Herr Staatssekretär. Ich finde, es ist sehr wichtig, klarzumachen, dass die DFG hier selbstständig entscheiden darf, unabhängig von politischen Einflüssen und dass die Qualitätsziele insofern wieder uneingeschränkt das Nummer Eins-Thema sein sollen. Das wären aus unserer Sicht drei Punkte für die Weiterentwicklung des PFI zum Midterm Review.

Abg. Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Pakt für Forschung und Innovation stärkt Forschungsexzellenz und Innovationskraft in Deutschland und er hat sich als Instrument bewährt. Das zeigt auch der Monitoringbericht von 2024. Er zeigt, dass die Forschungsorganisationen sehr gute Arbeit geleistet haben. Es bleibt noch an der einen oder anderen Stelle Verbesserungspotenzial offen. Das haben Sie, Herr Staatssekretär, eben schon erläutert. Es ist wichtig, dass die GWK-Arbeitsgruppen einen guten Prozess haben und dann auch zielstrebig Vorschläge machen, wie man das Ganze weiterentwickeln kann. Die Paktorganisationen haben bereits eine Reihe von

Vorschlägen gemacht und die sollten mit eingearbeitet werden.

Was nicht richtig ist - Herr Jarzombek, da möchte ich gerade nochmal darauf eingehen -, dass wir heute nicht darüber debattieren wollen. Wir haben ganz im Gegenteil eine Erweiterung vorgeschlagen - nämlich, dass wir die Präsidenten der außeruniversitären Forschungsgemeinschaften hier in den Ausschuss einladen, um gemeinsam mit uns über den Pakt für Forschung und Innovation zu debattieren, um das als Ergänzung zu dem Bericht der Bundesregierung zu haben, die dann aber auch noch mal für Fragen ansprechbar ist. Ich glaube, das ist sehr viel sinnvoller und ich finde es gut, wenn wir das dann auch als Ausschuss gemeinsam machen. Wir haben uns in der Obleute-Runde darauf verständigt, dafür jetzt im Anschluss einen Termin zu finden.

Planungssicherheit war ein Aspekt, der schon genannt wurde, der den wirklich massiven Vorteil dieses Programms mit sich bringt, genauso wie die Zielvereinbarungen – das heißt die Ziele, die genannt wurden. Transfer ist eben schon genannt worden. Das möchte ich noch einmal betonen, weil das immer ein bisschen untergeht. Bei Transfer muss man aber auch verstehen, dass es nicht nur um Transfer in die Wirtschaft geht, sondern auch um Transfer in die Gesellschaft. Ich glaube, das fällt gerne etwas runter und deswegen möchte ich es an dieser Stelle betonen.

Ein Aspekt, der mir auch wichtig ist, aber noch nicht genannt wurde und den wir in diesem Ausschuss bei den unterschiedlichsten Programmen, bei den unterschiedlichsten Fragen die Forschungspolitik betreffend, immer wieder gehört haben, ist natürlich die Stärkung und die Attraktivität für Talente auch im internationalen Wettbewerb. Dazu gehört es auch, eine Verbesserung der Personalstrukturen und auch letzten Endes neue Personalentwicklungskonzepte mit einzubeziehen. Dieser Punkt muss weiter fokussiert werden. Ansonsten erreichen wir die Spitzenkräfte nicht, die unser Forschungsstandort jetzt braucht oder wir können sie auch nicht mehr halten. Das ist in sämtlichen Bereichen, also nicht nur den PFI betreffend, auch alle anderen Bereiche betreffend, eine riesengroße Aufgabe, die wir in der Wissenschaft und Forschungslandschaft und vor allem natürlich



auch in der Politik und auch in den nächsten Jahren noch haben werden: da einfach gute, verlässliche und attraktive Bedingungen für die Spitzenkräfte zu schaffen, damit wir ein attraktiver Forschungsstandort in Deutschland bleiben und auch neue kluge Köpfe anziehen.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Ich finde, dass insbesondere vor dem Hintergrund, dass vor Jahren vereinbart wurde, die jährliche Steigerung beim Pakt für Forschung und Innovation vorzunehmen, der Bund auch stärker insistieren kann, dass diese Mittel in dem Sinne dieses Paktes eingesetzt werden - beispielsweise dass unter dem Stichpunkt Akteure und Institutionen der Wissenschaftslandschaft stärker vernetzt und Fachhochschulen und HAWs (Hochschulen für Angewandte Wissenschaften) stärker mit eingebunden werden. Da frage ich, inwieweit sie auch unter diesem Blickwinkel Einfluss nehmen. Beste Köpfe gewinnen ist Inhalt dieses Paktes. Da fragt man sich, selbst wenn wir jetzt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ändern: Inwieweit und in welchem Ausmaß sind aber bisher Indizes dafür entwickelt worden, dass man unter dem Blickwinkel dieser Steigerung tatsächlich auch feststellen konnte, dass es hier Impulse für das Halten der besten Köpfe gegeben hat.

Das Dritte: Entwicklungspfade für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Da stelle ich fest, dass laut Monitoringbericht der Befristungsanteil unter den einfachen Forschenden - in Führungsstrichen - immer noch durchweg bei 80 Prozent liegt. Das finde ich eher nachteilig, beziehungsweise entspricht nicht unseren Erwartungen.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann** (AfD): Der Pakt für Forschung und Innovation ist zweifellos eine Erfolgsgeschichte. Das hohe Maß an wissenschaftlicher Freiheit, das den fünf großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen damit zugestanden wird, begrüßen wir ausdrücklich. Die Leistungen der Forscher können sich sehen lassen. Wenn Sie nun daran gehen, die Zielvereinbarungen für die zweite Hälfte des PFI neu zu verhandeln, dann gibt es meines Erachtens aber dennoch einiges, was man besser machen kann.

So beziehen sich vier der elf für das internationale Benchmarking ausgewählten Indikatoren auf

Frauenquoten. Da frage ich mich: Wird die wissenschaftliche Leistung neuerdings am Geschlecht gemessen? Ich freue mich über jede Frau, die wissenschaftlich herausragende Leistungen erbringt und ihre Zahl ist erfreulich hoch, aber den Frauenanteil derart zum Maßstab für Leistungsfähigkeit und Zielerreichung einer Forschungseinrichtung zu machen, geht an der Realität vorbei.

Um wirklich feststellen zu können, wo unsere Forschungsorganisationen im internationalen Vergleich stehen, wäre es zum Beispiel viel sinnvoller, nicht nur die Anzahl der Patente zu erfassen, sondern auch deren Transferquote in marktgängige Produkte, den Marktwert dieser Transfers und den Anteil von Patenten mit disruptivem Potenzial. Auch ein Benchmark für Durchbrüche in der Grundlagenforschung würde die Leistungen weit besser widerspiegeln als irgendwelche Quoten. Immer wieder wird Anschlussfähigkeit zu Forschungsstrategien von Bund und EU gefordert. In einer wirklich technologieoffenen und ideologiefreien Forschungswelt wäre das tatsächlich strategisch sinnvoll und man müsste das gar nicht extra erwähnen. Doch angesichts der Tatsache, dass bei Bund und EU in vielen Bereichen technologische Einseitigkeit und Ideologieprojekte dominieren, ist diese Forderung fragwürdig und möglicherweise ein schädlicher Hemmschuh für die Forschung.

Überhaupt habe ich den Eindruck, dass die Forschungseinrichtungen zu sehr mit ideologischen Vorgaben zugeschüttet werden. Frauenquoten, Vernetzung und der Anteil an Co-Publikationen sind keine Tugenden an sich, sondern müssen immer im Kontext der jeweiligen Forschungsvorhaben und Einrichtungen gesehen werden.

Abschließend noch zwei Fragen: Beabsichtigt das BMBF, den Katalog der Indikatoren zu überarbeiten und/ oder zu ergänzen, und wenn ja, in welcher Form? Und zweitens: Sieht das BMBF Handlungsbedarf im Hinblick auf die teilweise unverhältnismäßig hohen Rücklagen aus Selbstbewirtschaftungsmitteln oder sehen Sie die Organisationen inzwischen aus eigener Initiative auf einem Weg der Konsolidierung?

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Was der



Staatssekretär vorgetragen hat, zeigt - und es kam ja auch in mehreren Beiträgen jetzt zur Geltung -, dass der PFI ein Erfolgsinstrument ist, weil es hauptsächlich Planungssicherheit bringt, auch wenn manche vielleicht denken, dass drei Prozent Zuwachs jedes Jahr in einer stark auftretenden Inflation etwas zu wenig ist. Aber es ist trotzdem eine Sicherheit, mit der man planen kann und es ist jetzt auch gelungen, dass die Inflationsrate wieder deutlich gesunken ist.

Es ist auch zu begrüßen, dass es wirklich Schwerpunkte im Thema Zielvereinbarung gibt. Beste Köpfe zu attrahieren, sollte immer das Ziel von einer erfolgreichen Wissenschafts- und Forschungspolitik sein. Denn wir wissen - Kollege Albani hat es vorher irgendwann bei einer anderen Debatte gesagt: Das Wichtigste, was wir haben, ist das, was da zwischen den Ohren steckt - nämlich, dass wir letztendlich das Humankapital in unserer Gesellschaft und auch das Humankapital auf internationaler Ebene und die besten Köpfe zusammenbringen müssen, damit wir Lösungen erarbeiten können. Deswegen ist es auch zu begrüßen, dass wir das Thema Verzahnung und Vernetzung stärker betonen, damit wir nämlich auch Synergien ausnutzen können. Es ist keine ideologische Vorgabe, sondern so etwas hat etwas mit Effizienz und mit gegenseitigem Befruchten von Ideen zu tun. Wer nur still in seinem Kämmerlein sitzt, wird nicht in der Lage sein, Lösungen zu erarbeiten, die wir für komplexe Herausforderungen brauchen.

Auch das Thema Wissenschaftskommunikation ist ein Punkt, der wichtig ist, denn wir brauchen eine verstärkte Wissenschaftskommunikation und auch eine Wissenschaftskommunikation, die verständlich für die Empfängergruppe ist. Ich denke, auch da gibt es noch einiges zu tun. Wissenschaftler neigen dazu, Dinge aus ihrer Sicht zu sehen und sie entsprechend zu kommunizieren. Deswegen gilt es, dort Hilfe zu leisten und auch ein bisschen zu fordern, dass man sich darüber Gedanken macht.

Auch das Thema Transfer begrüßen wir sehr stark. Es sollte aber auch berücksichtigt werden, dass wir unter Umständen nicht von allen das Gleiche verlangen können. Es gibt Institutionen, die aufgrund ihrer Erfahrung und ihres Werdegangs besser auf solche Fragestellungen spezialisiert sind. Dann sollte man Stärken stärken und dort,

wo Schwächen sind, die es zu beseitigen gilt, diese auch mit der entsprechenden Zielvereinbarung beseitigen.

Insgesamt ist es aber auf jeden Fall zu begrüßen, dass es auch um das Thema Good Governance geht, denn wir brauchen eine leistungsfähige Wissenschaft. Wir brauchen leistungsfähige Wissenschaftseinrichtungen. Über eine Zielvereinbarung wird auch den entsprechenden Organisationen deutlich, welche Verantwortung sie - und das müssen wir betonen - auch in unserer Gesellschaft haben. Deswegen: Es geht nicht nur um Transfer in die Wirtschaft. Aber wenn Transfer in die Wirtschaft stattfindet, findet er auch in die Gesellschaft statt.

Der Vorsitzende: Damit schließe ich die Berichterstattenden-Runde und bitte jetzt den Parlamentarischen Staatssekretären zu antworten.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Herr Kollege Stüwe hat das Thema Bürokratie und Berichte angesprochen – also, wie gesagt, Gegenstand mit den Ländern. Das wird regelmäßig auch mit besprochen. Unsere Haltung ist da sehr klar. Wir brauchen so viel Detailtiefe und Berichte, dass wir wirklich auch das Monitoring seriös durchführen können, denn es bringt nichts, abstrakte Ziele zu beschließen und danach nicht zu verfolgen. Gleichzeitig sollte man auf Dinge verzichten, die man dafür nicht braucht. Das ist unsere grundsätzliche Haltung. Alles weitere ist, wie gesagt, dann auch Gegenstand der Diskussion der Verhandlungen.

Zu den Fragen der KPI beziehungsweise - das war auch etwas, was Herr Kaufmann mitgefragt hat - der Indikatoren: Der Indikatorenkatalog wird regelmäßig überarbeitet, sodass wir jetzt für die Zwischenbewertung des PFI erstmals auch ein internationales Benchmarking durchgeführt haben. Das soll künftig regelmäßig auch so der Fall sein. Insofern ist das ist ein stetiger Prozess. Alle paar Jahre wird es da eine Aktualisierung geben.

Zur Frage des Einzelplans 30, also unseres BMBF-Haushalts. Dieser ist insgesamt in den kommenden Jahren stabil, aber in der Tat ist es so, dass wenn das eine Tortenstück mit dem PFI immer größer wird, das in die Projektförderung mitreinschlägt. Es wurde mehrfach schon angesprochen, dass der PFI vor allen Dingen die



Wissenschaft in ihrer Selbstorganisation um den Preis stärkt, dass dann weniger direkt aus dem Ministerium vergeben wird. Manchmal ist das aber auch der etwas unbürokratischere Weg. Natürlich ist das aber haushalterisch eine Herausforderung, vor allen Dingen dann, wenn in der Öffentlichkeit auch erklärt werden muss, dass der Fokus des Scheinwerfers gerade nur auf dem zweiten Teil und nicht gleichzeitig auf die Stärkung des PFI der eigentlichen Forschungseinrichtungen liegt.

Wir haben bei den Hochschulen mit der Grundfinanzierung versus Projektfinanzierung ein ähnliches Spannungsfeld.

Herr Kollege Jarzombek, ich finde es gut, dass es hier diskutiert wird. Als Oppositionspolitiker in der letzten Legislaturperiode war es damals eher üblich, solche Dinge in Vereinbarung mit den Ländern zu diskutieren, nachdem sie besprochen wurden. Ich finde es gut, dass das in dieser Legislaturperiode durch diesen Ausschuss auch anders gehandhabt wird.

Zur DFG mit den Sekundärzielen: Grundsätzlich teile ich das, möchte aber sagen, dass es uns wichtig ist, dass wir im Zuge der Wissenschaftsfreiheit jetzt natürlich nicht in die eigentliche Wissenschaft eingreifen. Es gibt aber durchaus Ziele und auch seitens des Bundestags gibt es beim Thema Antisemitismus - das ist jetzt keine Gegenrede - auch seitens Ihrer Fraktion regelmäßig Vorschläge, was denn in der Forschungsförderung zu berücksichtigen ist. Da es Steuergelder sind, die am Ende investiert werden, ist es ein Stück weit auch richtig, dass Politik insoweit Rahmenbedingungen setzt. Uns ist wichtig, dass es bei diesen Rahmenbedingungen bleibt und das nicht ins Mikromanagement übergeht und dann die Wissenschaftsfreiheit gefährdet.

Offen ist zuletzt noch die Frage von Kollegen Kaufmann nach den SBM. Die Selbstbewirtschaftungsmittel sind da ein großes Thema. Es ist im Grunde richtig, dass es sie gibt - auch nach dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Es ist gut, dass die Wissenschaftsorganisationen da ein Stück weit überjährig Spielraum haben. Ein Problem ist vor allen Dingen dort, wo über Jahre exorbitante Mittel angesammelt wurden. Mit der HGF (Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher

Forschungszentren) ist ein konkretes Abbaukonzept vereinbart, bei der WGL (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz e.V.) sind wir gerade in einem ähnlichen Prozess drin. Das ist auch Gegenstand der aktuellen Haushaltsberatung mit den Kollegen im Haushaltsausschuss.

Der **Vorsitzende**: Danke Herr Staatssekretär. Ihre Antworten nehmen wir formal genauso zur Kenntnis, wie den eigentlichen Bericht. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 3 und damit sind wir am Ende dieser Ausschusssitzung unserer 86.

Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Leitlinien deutscher Arktispolitik
Deutschland und die Arktis im Kontext von
Klimakrise und Zeitenwende** 

BT-Drucksache 20/12930

**Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf
Drucksache 20/12930 zur Kenntnis**

Tagesordnungspunkt 5

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen
Parlaments und des Rates zur Änderung der
Verordnung (EG) Nr. 851/2004 zur Errichtung
eines Europäischen Zentrums für die Prävention
und die Kontrolle von Krankheiten**

KOM(2020)726 endg.; Ratsdok.-Nr. 12972/20

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der
Kommission auf Ratsdok.-Nr. 12972/20 zur
Kenntnis**

Tagesordnungspunkt 6

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen
Parlaments und des Rates zu schwerwiegenden
grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und
zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU**

KOM(2020)727 endg.; Ratsdok.-Nr. 12973/20

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der
Kommission auf Ratsdok.-Nr. 12973/20 zur
Kenntnis**



Tagesordnungspunkt 7

**Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten
und Grundsätzen für die digitale Dekade**

KOM(2022)28 endg.; Ratsdok.-Nr. 5783/22

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der
Kommission auf Ratsdok.-Nr. 5783/22 zur
Kenntnis**

Tagesordnungspunkt 8

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Modernisierung des deutschen
Unternehmensteuerrechts voranbringen**

BT-Drucksache 20/11954

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP sowie der Gruppen BSW und Die Linke,
bei Enthaltung der Fraktion der AfD gegen die**

**Stimmen der CDU/CSU die Ablehnung des
Antrages auf Drucksache 20/11954**

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Erfolgsgeschichte Strukturwandel
weitschreiben – Planbarkeit und
Verlässlichkeit für die ostdeutschen
Strukturwandelregionen sicherstellen**

BT-Drucksache 20/12102

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion
CDU/CSU und den Gruppen Die Linke und BSW
die Ablehnung des Antrages auf Drucksache
20/12102**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 12:54 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender